

Rede vom 13. März 2008, Privatisierung stoppen

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Der Titel Ihres Antrags hört sich sehr schön an. Sie fordern, die Privatisierungsfolgen zu bilanzieren. An diesem Punkt kann Ihnen die FDP ohne Weiteres zustimmen.

Jede Bilanz, die zeigt, was Privatisierung gebracht hat, ist eine gute Bilanz. Hier kann man ruhig mehr ins Detail gehen. Damit habe ich kein Problem. Ich bin mir sicher – das gilt auch für meine Fraktion –, dass dann, wenn man eine solche Bilanz erstellen würde, auch herauskommen würde, dass manches nicht gut gelaufen ist. Ich würde mir wünschen, dass auch Sie einmal eine Bilanz der 40 Jahre DDR ziehen würden, und zwar vollständig. (Beifall bei der FDP)

Das tun Sie aber gerade nicht. Sie tun das, was Sie immer tun, und behaupten: Alles, was privat ist, ist des Teufels und schlecht. Sie finden auch immer ein Argument, warum jede Privatisierung letztlich doch schlecht war.

Interessant ist der zweite Teil des Titels Ihres Antrags; denn hier wird die Richtung, in die Sie wollen, schon viel deutlicher. Dort heißt es: „Privatisierungen aussetzen“.

Sie wollen die Privatisierungen aussetzen, bis die geforderte Bilanz vorgelegt worden ist. Wenn es nach Ihnen ginge, sollte man kommunale Krankenhäuser nicht mehr privatisieren, sondern sie lieber weiter Schulden machen lassen und dafür sorgen, dass der Staat die Versorgung nicht mehr auf Dauer gewährleisten kann oder aber sie in der Weise sicherstellt, in der dies früher in der DDR geschehen ist: Man hat ein Krankenhaus, aber die Qualität ist mies. Hauptsache ist, das Krankenhaus ist in Staatshand. Was Sie wirklich wollen – das sagen auch Ihre beiden großen Fraktionsvorsitzenden Lafontaine und Gysi immer wieder –, (Dr. Werner Hoyer [FDP]: Die sind doch eher klein!) ist klar und deutlich: Sie wollen einen anderen Staat. Ich habe mich gefragt: Wann ist eigentlich wieder einmal ein Jubiläum? Ich habe herausgefunden: In diesem Monat ist, wenn man die einzige sogenannte Volksabstimmung in der DDR von 1968 berücksichtigt, das 40-jährige Jubiläum der Verfassung von 1968. Diese Verfassung ist in verschiedenen Büchlein, die man in diesem Lande übrigens nicht heimlich kaufen muss, sondern öffentlich kaufen kann, nachzulesen. Ich möchte zitieren, was in der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik zum Thema Wirtschaft stand – das ist vielleicht auch für die Zuhörer interessant, damit sie erfahren, was diese Partei, von der angeblichen sozialen Gerechtigkeit einmal abgesehen, eigentlich will –: Die Bodenschätze, die Bergwerke, Kraftwerke, Talsperren und großen Gewässer, die Naturreichtümer des Festlandsockels, Industriebetriebe, Banken und Versicherungseinrichtungen, die volkseigenen Güter, die Verkehrswege, die Transportmittel der Eisenbahn, der Seeschifffahrt sowie der Luftfahrt, die Post- und Fernmeldeanlagen sind Volkseigentum. Privateigentum daran ist unzulässig. In Art. 14 Abs. 1 der DDR-Verfassung hieß es: Privatwirtschaftliche Vereinigungen zur Begründung wirtschaftlicher Macht sind nicht gestattet.

Darum geht es Ihnen. Sie wollen alle Macht beim Staate. Ich kann für meine Fraktion nur sagen: Wir wollen die Macht, die notwendig ist, beim Staate, und die übrige Macht bei den Bürgern. Darum geht es uns. (Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich bin gespannt, was geschehen wird, wenn meine Fraktion demnächst einen Gesetzentwurf einbringt, der eine Änderung des Grundgesetzes vorsieht; denn ich weiß, dass auch die Fraktion Die Linke hier etwas plant. Im Grundgesetz ist immer noch Art. 15 enthalten, der Sozialisierungen ermöglicht. Dieser Artikel erlaubt dem Staat, in enteignender Weise Einfluss auf die Industrie zu nehmen. Ich bin gespannt, wie sich Union und SPD, aber auch die Grünen an dieser Stelle verhalten werden. Ich würde mich freuen, wenn wir diesen Artikel aus unserer Verfassung streichen würden, ohne dabei

allerdings den Eigentumsartikel zu verändern. (Widerspruch bei der LINKEN) – Wie ich merke, sind Sie getroffen. Daran wird deutlich: Das ist die Richtung, in die Sie wollen.

Nun zur Frage: Wie sieht das eigentlich aus, wenn sich der Staat an der Industrie beteiligt? Wir haben vorhin kurz über die IKB diskutiert. Wollen Sie eigentlich auch keine Privatisierung der IKB? Wollen Sie, dass der Staat die IKB behält? Wollen Sie, dass er Steuermittel in Milliardenhöhe, die dann nicht mehr für Hartz-IV-Empfänger, für gesetzlich Krankenversicherte oder für Rentner zur Verfügung stehen, weiter in die IKB hineinbuttert? (Dr. Herbert Schui [DIE LINKE]: Nein, nein, in die andere Richtung!)

Das wollen Sie sicherlich nicht. An dieser Stelle passt es Ihnen dann doch wieder nicht, wenn sich der Staat an Privateigentum beteiligt. Genau daran wird deutlich:

Das, was Sie machen, ist Körnchenpicken. Sie wollen nur eine vermeintliche Gerechtigkeit. Tatsächlich kommt es aber immer nur darauf an, was Ihnen gerade vor die Flinte kommt. (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich frage mich: Wenn Sie es wirklich ernst meinen würden und eine so starke Fraktion und Partei wären, wie Sie es immer vorgeben (Lachen der Abg. Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]) – ich weiß, dass das nicht der Fall ist; das ist auch okay –, welches Ziel würden Sie dann eigentlich dort, wo Sie Regierungsverantwortung übernommen haben, verfolgen? Sehen Sie sich einmal an, was Ihre Partei in Mecklenburg- Vorpommern oder in Berlin, wo Sie mit der SPD an der Regierung sind, getan hat: Selbst im Wohnungsbereich haben Sie privatisiert.

Man kann also nur sagen: Ihr Antrag ist lächerlich. Es geht Ihnen um einen anderen Staat, um einen Staat wie den, der zum Glück untergegangen ist. Meine Fraktion, meine Partei, die Leute, die mich gewählt haben, meine Familie und ich wollen nicht in so einem Staat leben. Herzlichen Dank. (Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)